



Detailansicht des Registereintrags

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

Stand vom 18.12.2024 14:50:34 bis 19.02.2025 15:56:52

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004137
Ersteintrag:	11.04.2022
Letzte Änderung:	18.12.2024
Letzte Jahresaktualisierung:	25.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Ludolfusstr. 2-4 60487 Frankfurt am Main Deutschland Telefonnummer: +49697137560 E-Mail-Adressen: info@verband-binationaler.de Webseiten: https://www.verband-binationaler.de/
Hauptstadtrepräsentanz:	Oranienstraße 34 10999 Berlin Telefonnummer: +49306153499 E-Mail-Adresse: chlebicka@verband-binationaler.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23	
Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Sonstiges, Wirtschaftliche Tätigkeit	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

100.001 bis 110.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

1,05

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Asiye Balikci-Schmidt**

Funktion: ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende

2. Natalia Bugaj-Wolfram

Funktion: ehrenamtliche stellvertretende Vorstandsvorsitzende

3. Dr. Annette Hilscher

Funktion: Bundesgeschäftsführerin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):**1. Dr. Carmen Colinas Schwarz****2. Anna Sabel****3. Olga Chlebicka**

Tätigkeit bis 02/24:

Sachbearbeiterin

im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder dessen Geschäftsbereich

4. Maria Ringler**5. Asiye Balikci-Schmidt****6. Natalia Bugaj-Wolfram****7. Dr. Annette Hilscher****Gesamtzahl der Mitglieder:**

682 Mitglieder am 02.04.2024, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (10):

1. Paritätischer Gesamtverband e. V.
2. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Hessen e. V.
3. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Sachsen e. V.
4. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband NRW e. V.
5. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Baden-Württemberg e. V.
6. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Bayern e. V.
7. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Hamburg e. V.
8. Deutscher Frauenrat e. V.
9. National Coalition Deutschland e. V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (18):

Menschenrechte; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Religion/Weltanschauung; Seniorenpolitik; Pflege; Kultur; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften arbeitet bundesweit an den Schnittstellen von Familien-, Migrations-, Bildungs- und Antidiskriminierungspolitik. Wir sind auf Bundes-, Länder- und zugleich auf kommunaler Ebene die einzige Interessenvertretung binationaler, migrantischer und transnationaler Familien und Paare. Wir engagieren uns diskriminierungs- und rassistisch für die Grund- und Menschenrechte aller hier lebenden Familien und Paare. Egal welcher Herkunft, sexueller Orientierung oder Religion. Starke Gesellschaften brauchen Vielfalt und ihre vielfältigen Familien brauchen eine gerechte Partizipation und Teilhabe in dieser Gesellschaft. Dafür setzen wir uns ein.

Ein thematischer Schwerpunkt unserer Lobbyarbeit liegt auf der Verbesserung der gesetzlichen Regelungen zur partnerschaftlichen Familienzusammenführung.

Unsere Lobbyarbeit erfolgt in Form von Briefen an MdBs und Ministerien, offenen Briefen und Stellungnahmen.

Bei familienpolitischen Themen betreiben wir teilweise gemeinsame Lobbyarbeit mit den in der "Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisationen (AGF)" in Deutschland zusammengeschlossenen Verbänden. Zu den Themen Einführung einer Kindergrundsicherung und Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz sind wir in Bündnissen aktiv: dem "Bündnis Kindergrundsicherung" und dem "Bündnis AGG Reform jetzt". Für die Stärkung der Kinderrechte setzen wir uns als Mitglied des "Netzwerks Kinderrechte/National Coalition Deutschland" ein. Im Rahmen des Bündnisses "Zusammen für Demokratie. Im Bund. Vor Ort. Für Alle." arbeiten wir für die Stärkung der demokratischer Strukturen in Deutschland und die Einhaltung menschenrechtlicher Standards. Die Stärkung von Frauenrechten betreiben wir als Mitglied des "Deutschen Frauenrats".

Konkrete Regelungsvorhaben (16)

1. Änderung der Eckpunktepapiere zur Reform des Abstammungs- und Kindschaftsrechts des BMJ

Beschreibung:

Der Verband begrüßt die Absicht des BMJ, das Abstammungs- und Kindschaftsrecht zu modernisieren. Dabei befürworten wir die geplante Stärkung sozialer Elternschaft im Recht, insbesondere für gleichgeschlechtliche Elternpaare, Patchwork- und Co-Elternfamilien. Dennoch gibt es aus unserer Perspektive weiterhin Reformbedarf. So ist eine Harmonisierung des internationalen Rechts nicht bedacht. Der angedachten einseitigen Sorgerechtserklärung bei nicht-verheirateten Paaren mit einem gemeinsamen Wohnsitz widersprechen wir. Aus unserer Perspektive sollten Sorgerechtserklärungen immer einer geteilten bewussten Entscheidung entspringen. Den angekündigten gesonderten Gesetzesentwurf zur besseren Verhinderung des missbräuchlichen Anerkennung von Elternschaft bewerten wir kritisch.

Interessenbereiche:

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Familienpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kinder- und Jugendpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

2. **Abschaffung des Sprachnachweises im partnerschaftlichen Familiennachzug**

Beschreibung:

Wir setzen uns für die Abschaffung des Sprachnachweises vor der Einreise für alle Paare, die sich im partnerschaftlichen Familiennachzug befinden, ein. Das Ziel unserer Interessensvertretung ist darauf ausgerichtet, dass die nachziehenden Familienmitglieder den Sprachnachweis in Deutschland erbringen können. Dies soll somit das Familiennachzugsverfahren im Allgemeinen beschleunigen und bewirken, dass Familien schneller zusammen leben können.

Betroffenes geltendes Recht:

[AufenthG 2004 \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Familienpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406180213** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. Einführung einer Kindergrundsicherung

Beschreibung:

Wir setzen uns für eine Kindergrundsicherung für Kinder zur Sicherung ihres Lebensunterhalts. Wir begrüßen, dass die früheren Leistungen Kindergeld und Kinderzuschlag in einem Verfahren zusammen als Kindergarantiebtrag und Kinderzusatzbetrag mit Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket beantragt werden können. Wir setzen uns für die Übertragung der Organisation und Verwaltung der Kindergrundsicherung an die Familienkassen ein. Wir plädieren für die Gleichbehandlung für die zugewanderten Kinder. Zugewanderte Kinder und Jugendliche, deren Eltern lediglich eine Aufenthaltsgestattung oder eine Duldung vorweisen, sollten auch einen Rechtsanspruch auf den Kindergarantiebtrag und auf Kinderzusatzbetrag haben.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 505/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9092 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]

4. Änderung der Einbürgerungstestverordnung

Beschreibung:

Der Verband begrüßt über eine Ergänzung des Einbürgerungstests ein Signal gegen Antisemitismus zu senden. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einführung im Einbürgerungstest zusätzlichen explizite Fragen zu weiteren menschenverachtend motivierten Handlungen. Neben Antisemitismus dann auch Antiziganismus, Rassismus in seinen unzähligen Varianten wie antischwarzem-Rassismus, antimuslimischem Rassismus, antiasiatischem Rassismus, etc., LGBTQI*-Feindlichkeit, Antifeminismus, Diskriminierung von Menschen mit Behinderung usw. Wir plädieren auch für die Prüfung des Sprachniveaus aller Fragen und die eventuelle Umformulierung der Fragen in eine einfachere Sprache, wenn die Fragen auf Hochschulniveau formuliert sind.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf der Zweiten Verordnung zur Änderung der Einbürgerungstestverordnung

Datum des Referentenentwurfs: 16.04.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EinbTestV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [[alle RV hierzu](#)]; Integration [[alle RV hierzu](#)]; Migration [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2405170009](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

5. Änderung des Gesetzes zum Schutz Minderjähriger bei Auslandsehen**Beschreibung:**

Wir begrüßen, dass die Neuregelung des Gesetzes eine Heilung ab dem 18. Lebensjahr beinhaltet, sind aber der Meinung, dass man bei der vorgesehenen Einzelfallprüfung noch stärker die Entscheidungsautonomie Heranwachsender berücksichtigen konnte. Des Weiteren begrüßen wir, dass der populistische Begriff der “Kinderehe” zugunsten des Begriffs “Minderjähriger” im Gesetz geändert wurde. Wir setzen uns dafür ein, im Rahmen des geplanten Gesetzes zugleich Maßnahmen zu setzen, die den betroffenen Menschen über die vorgesehenen materiellen Leistungen hinaus helfen, insbesondere was die psychischen Folgen der Nichtigkeitserklärung einer Frühehe betrifft.

Bundestags-Drucksachenummer:

[BT-Drs. 20/11367](#) (Vorgang) [[alle RV hierzu](#)]

Entwurf eines Gesetzes zum Schutz Minderjähriger bei Auslandsehen

Interessenbereiche:

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [[alle RV hierzu](#)]; Familienpolitik [[alle RV hierzu](#)]; Kinder- und Jugendpolitik [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406100035](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

6. Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)**Beschreibung:**

Das Regelungsvorhaben bezieht sich auf eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Bisher schützt es nicht alle von Diskriminierung betroffene Menschen. Das Regelungsvorhaben bezieht sich auf die Schließung von Schutzlücken und die Ausweitung der Anwendungsbereiche.

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406180010 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

7. Einführung einer Steuergutschrift für Alleinerziehende

Beschreibung:

Steuergutschrift als Abzugsbetrag von der Steuerschuld bis hin zu einer echten Steuergutschrift. Der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende nach § 24b Einkommenssteuergesetz zu einer Steuergutschrift weiterzuentwickeln: Diese ist als Abzugsbetrag von der Steuerschuld auszugestalten. Ist die Steuerschuld geringer als die Steuergutschrift, ist die Differenz auszuführen, ohne zu einer Verschlechterung zu kommen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 17.05.2024

Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406180203 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2412180116](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

8. **Reform und Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in §218**

Beschreibung:

Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs nach gesundheitsförderlichen, verfassungsrechtlichen und menschenrechtlichen Gesichtspunkten.

Schwangerschaftsabbrüche sollten künftig nicht mehr im Strafgesetzbuch geregelt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

[BeratungsG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406180208](#) (PDF)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

9. Einführung eines Qualitätsentwicklungsgesetzes mit bundesweiten Standards für Kitas

Beschreibung:

Qualitätsentwicklungsgesetz mit bundesweiten Standards als Weiterentwicklung des Gesetzes zur Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (Gute- Kita- Gesetz) bis zum Ende der Legislaturperiode gemeinsam mit den Ländern.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur periodengerechten Veranschlagung von Zinsausgaben im Rahmen der staatlichen Kreditaufnahme und eines Dritten Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung

Datum des Referentenentwurfs: 18.07.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KiQuTG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406180214 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.06.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP)

[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2407240006 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

10. Umsetzung und Einführung der Familienstartzeit

Beschreibung:

Familienstartzeit im Koalitionsvertrag ist die Einführung einer zweiwöchigen vergüteten Freistellung für Väter und zweite Elternteile nach der Geburt eines Kindes vorgesehen (Familienstartzeit). Die bezahlte Freistellung stärkt die Bindung des zweiten Elternteils zum neugeborenen Kind und unterstützt eine aktive Rolle der Väter bei der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder von Anfang an.

Betroffenes geltendes Recht:

BEEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406180217 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

11. Änderung eines Referentenentwurfes zum Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft des BMI und BMJ

Beschreibung:

Die geplanten Änderungen stellen aus unserer Perspektiven einen wesentlichen Eingriff in das Recht nach Art. 6 GG und das Persönlichkeitsrecht der betroffenen Beteiligten dar. Wir kritisieren die Einführung der Zustimmungspflichtigkeit durch die Ausländerbehörden sowie der verpflichtenden DNA-Tests bei aufenthaltsrechtlichem Gefälle. Aus Kindeswohl-Perspektive setzen wir uns dafür ein, dass jedem Kind zwei Elternteile zugeordnet werden, insbesondere wenn ein zweites Elternteil bereitsteht und Fürsorgeverantwortung übernehmen möchte. Wir kritisieren die Priorisierung biologisch-genetischer Elternschaft, die insbesondere gleichgeschlechtliche Elternpaare benachteiligt. Ebenso setzen wir uns für die Gleichstellung ehelicher und nicht-ehelicher Kinder ein.

Referentenentwurf:

Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 30.04.2024

1. Federführendes Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu] (Vorgang)

2. Federführendes Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu] (Vorgang)

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406250007 (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

12. Änderung des Gesetzes zur Modernisierung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung (SGB III-Modernisierungsgesetz)

Beschreibung:

Der Verband begrüßt die Absicht die Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung auszubauen und zu verstetigen. Ebenso begrüßen wir die Absicht, bisher aus dem System gefallene Jugendliche und junge Erwachsene mit niedrighschwelligem

Unterstützungselementen, in Beratungsstrukturen einzubinden. Wir fordern jedoch weiterführende Maßnahmen, um Frauen mit Migrationsgeschichte schneller in ihrer Qualifikation entsprechende gute Arbeitsverhältnisse zu bringen. Dazu gehören u.a.: verbindliche Zeiten für die Beratung und Anerkennung, sofortiger Zugang zu Deutsch- und Integrationskursen, Start eines Anerkennungs- und Qualifizierungsverfahren bereits bei Ankunft, zusätzliche Beratungs- und Vernetzungsangeboten, Einführung von Beratung per Videotelefonie, Mehrsprachigkeit in der Beratung.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung (SGB III-Modernisierungsgesetz)

Datum des Referentenentwurfs: 05.07.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 3 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407240001 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.07.2024 an:

Bundesregierung

13. **Verbesserung des Schutzes von gewaltbetroffenen Personen im familiengerichtlichen Verfahren**

Beschreibung:

Wir begrüßen die Stärkung des Gewaltschutzes sowie die geplanten Regelungen zur Verbesserung der Familiengerichtsverfahren. Im Sinne des Kindeswohls begrüßen wir die Möglichkeit, dass zukünftig auch Rechtsmittel bezüglich eines vollständigen und dauerhaften Umgangausschlusses eingeführt werden, die Einführung eines Wahlgerichtsstands für Kindschafts-, Abstammungs- und Kindesunterhaltssachen und die Konkretisierung der Amtsermittlungspflichten des Gerichts in Kindschaftssachen. Wie befürworten die Stärkung des Verfahrensbeistands. Ganz besonders begrüßen wir, dass in Zukunft Verfahrensbeistände die Kosten von Dolmetscher:innen erstattet bekommen sollen. Wir hätten es sehr begrüßt, wenn im Regelungsentwurf die erweiterte Gewaltdefinition der Istanbul Konvention zugrunde gelegt worden wäre.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Verbesserung des Schutzes von gewaltbetroffenen Personen im familiengerichtlichen Verfahren, zur Stärkung des Verfahrensbeistands und zur Anpassung sonstiger Verfahrensvorschriften (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 23.07.2024

Federführendes Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

FamFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Familienpolitik [[alle RV hierzu](#)]; Geschlechterpolitik [[alle RV hierzu](#)]; Kinder- und Jugendpolitik [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2409040011](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

14. **Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung und Extremismusbekämpfung**

Beschreibung:

Wir setzen uns für die Stärkung der demokratischen Strukturen, für die Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und für die Einhaltung menschenrechtlicher Standards in Deutschland.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/5823 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz - DFördG)

1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 684/22 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz - DFördG)

1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2410180008 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
(BMWSB) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung (BMZ) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2412160022](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

15. Weiterentwicklung und Beibehaltung der Beratungsangebote für Migrant*innen

Beschreibung:

Aus unserer Perspektive als Familienverband, der binationale, migrantische und transnationale Familien vertritt, setzen wir uns für den Erhalt und den weiteren Ausbau und die Finanzierung von Beratungsangeboten für Migrant*innen mit Unterstützungsbedarf ein.

Bundsrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 137/23](#) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

1. Zuständiges Ministerium: [BMI](#) (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Zuständiges Ministerium: [BMAS](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/6500](#) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

1. Zuständiges Ministerium: [BMI](#) (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Zuständiges Ministerium: [BMAS](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[AufenthG 2004](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Ausländer- und Aufenthaltsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Integration [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412090007](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [[alle SG dorthin](#)]

16. Menschenrechtsbasierte Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems

Beschreibung:

Wir setzen uns für die Beachtung der Menschenrechte bei der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ein.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/13963 \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Anpassungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: [BMI \(20. WP\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Bundesrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 552/24 \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Anpassungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: [BMI \(20. WP\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/12805 \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems

Betroffenes geltendes Recht:

[AsylVfG 1992](#) [[alle RV hierzu](#)]; [AsylbLG](#) [[alle RV hierzu](#)]; [AufenthG 2004](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

[Asyl und Flüchtlingsschutz](#) [[alle RV hierzu](#)]; [Ausländer- und Aufenthaltsrecht](#) [[alle RV hierzu](#)]; [Integration](#) [[alle RV hierzu](#)]; [Menschenrechte](#) [[alle RV hierzu](#)]; [Migration](#) [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412160028](#) (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2024 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [[alle SG dorthin](#)]

Bundeskanzleramt (BKAm) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 390.001 bis 400.000 Euro
Förderung der Personalkosten der Bundesgeschäftsstelle
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
Förderung der familienpolitischen Fachtagung

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

40.001 bis 50.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

[129237-iaf-40315-JA-zum-31-12-2022.pdf](#)